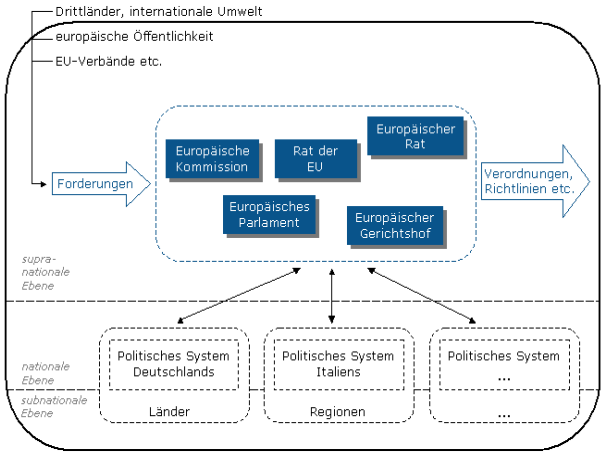
EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN

WIRTSCHAFTS- UND
SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Institut für Politikwissenschaft



Hat die Europäische Union ein Demokratie-Defizit?

Vortrag im Rahmen der Studium Generale-Reihe
„Die entscheidenden Stunden Europas"

29.10.2015 * Prof. Dr. Gabriele Abels

Hat die EU ein Demokratie-Defizit?

© 2015 Universität Tübingen

Vortragsgliederung

1. Einleitende Bemerkungen und historischer Rückblick
2. Nein, sie hat kein Demokratie-Defizit! Von Apologeten und Fatalisten
3. Ja, sie hat ein Demokratie-Defizit! Von Optimisten und Pessimisten
4. Reicht das? Eine Zwischenbilanz
5. Wie weiter? Für ein demokratisches Krisen-Management

© 2015 Universität Tübingen

Geschichtlicher Rückblick

- Fokus traditionell auf Output-Legitimation
- Kritik an der EG (EU) kommt in 1980er Jahren erstmals vereinzelt auf
- „Maastricht Blues“: Annahme permissiven Konsensus wurde mit Ratifizierungsproblem 1991/92 in Frage gestellt …
- … seitdem intensive Debatte sowohl in der Forschung als auch in der Politik
- EU ist kein Nationalstaat! → Konsequenzen

© 2015 Universität Tübingen

Lissabon-Vertrag von 2009

- Ergebnis des Verfassungskonvents und der gescheiterten Verfassung; Thema Stärkung der Demokratie spielte wichtige Rolle
- Bekenntnis zu
  1. Grundsätzen repräsentativer Demokratien → Rolle von Parlamenten
  2. Partizipative Demokratie → Einführung der Europäischen Bürgerinitiative
  3. Stärkung des Subsidiaritätsprinzips

© 2015 Universität Tübingen

Warum Differenzen?

- Analyse des Demokratiedefizits hängt vom demokratietheoretischen Standpunkt des/der Betrachters/in ab. Annahmen über …
  - die Natur der EU als System *sui generis* und die Quellen der Legitimation
  - die prinzipiellen Herausforderungen an die Demokratie in Industriegesellschaften
  - das Konzept von Demokratie und die Rolle von Bürgerbeteiligung in Demokratien
  - normative Bewertungen und Bewertung der praktischen Umsetzbarkeit von Vorschlägen.

© 2015 Universität Tübingen

Demokratie ist …

„… government by the people, of the people and for the people“ (Abraham Lincoln)

© 2015 Universität Tübingen

Positionen zum Demokratie-Defizit

		Demokratisierung möglich	
		ja	nein
Demokratisierung erstrebenswert	ja	*Optimisten* Zivilgesellschaft und /oder Parlamentarisierung	*Pessimisten* No-demos These Neyer: strukturell nicht demokratiefähig
	nein	*Apologeten* Moravcsik: Rolle des Rates zentral Majone: regulative Politik	*Fatalisten* Keine Mehrheits-demokratie gewollt

Quelle: Schäfer, Armin (2006): Das Demokratiedefizit der Europäischen Union. In: Leviathan, 34/3, S. 351.

© 2015 Universität Tübingen

Apologeten und Fatalisten

- Fatalisten: EU war gerade deshalb erfolgreich, weil sie **nicht** auf Mehrheitsentscheidungen und parlamentarischer Politik beruht
- Apologeten: Demokratisierung ist möglich, aber nicht erforderlich, …
  - solange der Rat der EU die zentrale Entscheidungs-instanz ist, da der über nationale Wahlen legitimiert und über nationale Parlamente kontrolliert ist
  - solange die EU primär regulative Politik macht; hierfür braucht sie Expertise und Glaubwürdigkeit, aber nicht Legitimität

© 2015 Universität Tübingen

… zudem bestehen viele Kanäle der Bürgerbeteiligung in der EU:

- seit 1979 Direktwahlen zum EP
- Europäische Bürgerinitiative seit 2011/12
- Konsultationen des EP und der Kommission
- Petitionsrecht & Ombudsman
- Demonstrationsrecht
- teils Mitgliedschaft in Euro-Verbänden möglich

© 2015 Universität Tübingen

Pessimisten

Demokratisierung ist notwendig, aber nicht möglich

- Grimm, Graf Kielmannsegg: kein demos, keine Demokratie
- Neyer: strukturell keine Demokratie in der EU möglich
- Aber: neuere Entwicklungen in Richtung *Demoi*-kratie statt Demokratie

© 2015 Universität Tübingen

Optimisten

Demokratisierung ist notwendig **und** möglich

- Zivilgesellschaft: Aufstieg von Euro-Verbänden, Entstehung eines **Konsultationsregimes**, Stärkung transnationaler Debatten durch **EBI**; positive Effekte der Krisenjahre …

© 2015 Universität Tübingen

EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN

Konsultationen

Wegweiser | Über diese Website | Rechtlicher Hinweis | Cookies | Kontakt | Suche | Deutsch (de)

Europäische Kommission

IHRE STIMME IN EUROPA

Europäische Kommission > Ihre Stimme in Europa > Konsultationen

Laufende
Konsultationen

Siehe auch:

- Abgeschlossene Konsultationen
- Konsultationen nach Politikbereich

Startseite | **Konsultationen** | Ihre Rückmeldung | Nützliche Links

Öffentliche Gesundheit, Umwelt, Unternehmen, Binnenmarkt:
Konsultation zu einer etwaigen Beschränkung gemäß Artikel 68 Absatz 2 der Verordnung 1907/2006 (REACH) von gefährlichen chemischen Stoffen (CMR 1A und 1B) in Textil- und Kleidungsartikeln, die von Verbrauchern verwendet werden.

22.10.2015 – 22.01.2016

Justiz und Grundrechte, Bank- und Finanzwesen:
Öffentliche Konsultation zu den Auswirkungen des Höchstsatzes der variablen Vergütung gemäß der Eigenkapitalrichtlinie 2013/36/EU (CRD IV) und zur allgemeinen Wirksamkeit der Vergütungsvorschriften dieser Richtlinie

22.10.2015 – 14.01.2016

Klimaschutz:
Öffentliche Anhörung zur Unterstützung der Bewertung der Richtlinie über die Kennzeichnung von Personenkraftwagen

19.10.2015 – 15.01.2016

Besteuerung:
Relaunch der Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)

08.10.2015 – 08.01.2016

Handel, Entwicklung:
Auf dem Weg zu einer neuen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean in der Zeit nach 2020

© 2015 Universität Tübingen

Europäische Kommission

DIE EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE

Amtliches Register

Aktuelles

- 28/07/2015 - Im Webportal JoinUp ist eine neue Version der Software für die Online-Sammlung von Unterstützungsbekundungen für Europäische Bürgerinitiativen verfügbar.
- 10/07/2015 - Ab dem 28. Juli liegen neue Formulare für Unterstützungsbekundungen vor. Einzelheiten entnehmen Sie bitte der Delegierten Verordnung der Kommission vom 31. März 2015. Die Organisatoren bereits registrierter Initiativen können weiterhin die aktuellen Formulare verwenden oder ab dem 28. Juli auf die neuen Formulare umsteigen.
- 01/07/2015 - Right2Water - Der Fahrplan für die Bewertung der Trinkwasserrichtlinie wurde veröffentlicht, und Sie können jetzt dazu Rückmeldung geben. Einen Überblick über

Die Europäische Bürgerinitiative macht es möglich, dass sich eine Million EU-Bürgerinnen und -Bürger unmittelbar an der Entwicklung von Strategien der EU beteiligen, indem sie die Europäische Kommission auffordern, einen Rechtsakt vorzuschlagen..

Hier können Sie sich über alle Bürgerinitiativen informieren, mehr über die Regeln erfahren und Ihre eigene Initiative starten.

Europäische Bürgerinitiative

Über die Bürgerinitiative

Grundlagen
Was Sie über die Bürgerinitiative wissen müssen

Das Verfahren Schritt für Schritt
Ausführliche Erläuterungen der für Bürgerinitiativen geltenden Regeln

So unterstützen Sie eine Initiative
Sie wollen eine Initiative unterstützen? Hier wird erklärt, wie Sie vorgehen müssen.

Fragen und Antworten
Fragen und Antworten

Initiative suchen

Laufende Initiativen
Sammlung von Unterstützungsbekundungen läuft

Abgeschlossene Initiativen
Initiativen, für die der Zeitraum für die Sammlung von Unterstützungsbekundungen abgelaufen ist, einschließlich derer, die bereits eine Antwort der Kommission erhalten haben

Nicht mehr aktuelle Initiativen
Initiativen, die nicht ausreichend Unterstützungsbekundungen sammeln konnten

Initiative starten

Kann aus Ihrer Idee eine Bürgerinitiative werden?
Fällt Ihre Idee in den Rahmen der Befugnisse der Kommission?

Ihr Online-Sammelsystem vorbereiten
Sie möchten online sammeln? Informieren Sie sich darüber, wie Sie Ihr System konfigurieren müssen, sowie über die von der Kommission entwickelte Software und das Angebot der Kommission, die Systeme zu hosten.

Europäische Bürgerinitiative

- mit Lissabon-Vertrag eingeführt
- Ziel: Agenda-Setting → fordert KOM auf gesetzgeberisch tätig zu werden
- Anforderung: 1 Million Unterschriften aus mind. 1/4 der Mitgliedstaaten (aktuell: mind. 7 MS), wobei Mindestanzahl an Stimmen pro Land …
- von 51 Initiativen bislang nur 3 x erreicht (right2water, one of us, Tierschutz)
- Bedarf erfahrenem Kampagnenmanagement
- aktuell Debatte um Reform der EBI

© 2015 Universität Tübingen

Mindestzahl der Unterzeichner je Land für die ab dem 1. Juli 2014 (13) registrierten Initiativen

Belgien	15 750
Bulgarien	12 750
Dänemark	9 750
Deutschland	72 000
Estland	4 500
Finnland	9 750
Frankreich	55 500
Griechenland	15 750
Irland	8 250
Italien	54 750
Kroatien	8 250
Lettland	6 000
Litauen	8 250
Luxemburg	4 500
Malta	4 500
Niederlande	19 500
Österreich	13 500
Polen	38 250
Portugal	15 750
Rumänien	24 000
Schweden	15 000
Slowakei	9 750
Slowenien	6 000
Spanien	40 500
Tschechische Republik	15 750
Ungarn	15 750
Vereinigtes Königreich	54 750
Zypern	4 500

© 2015 Universität Tübingen

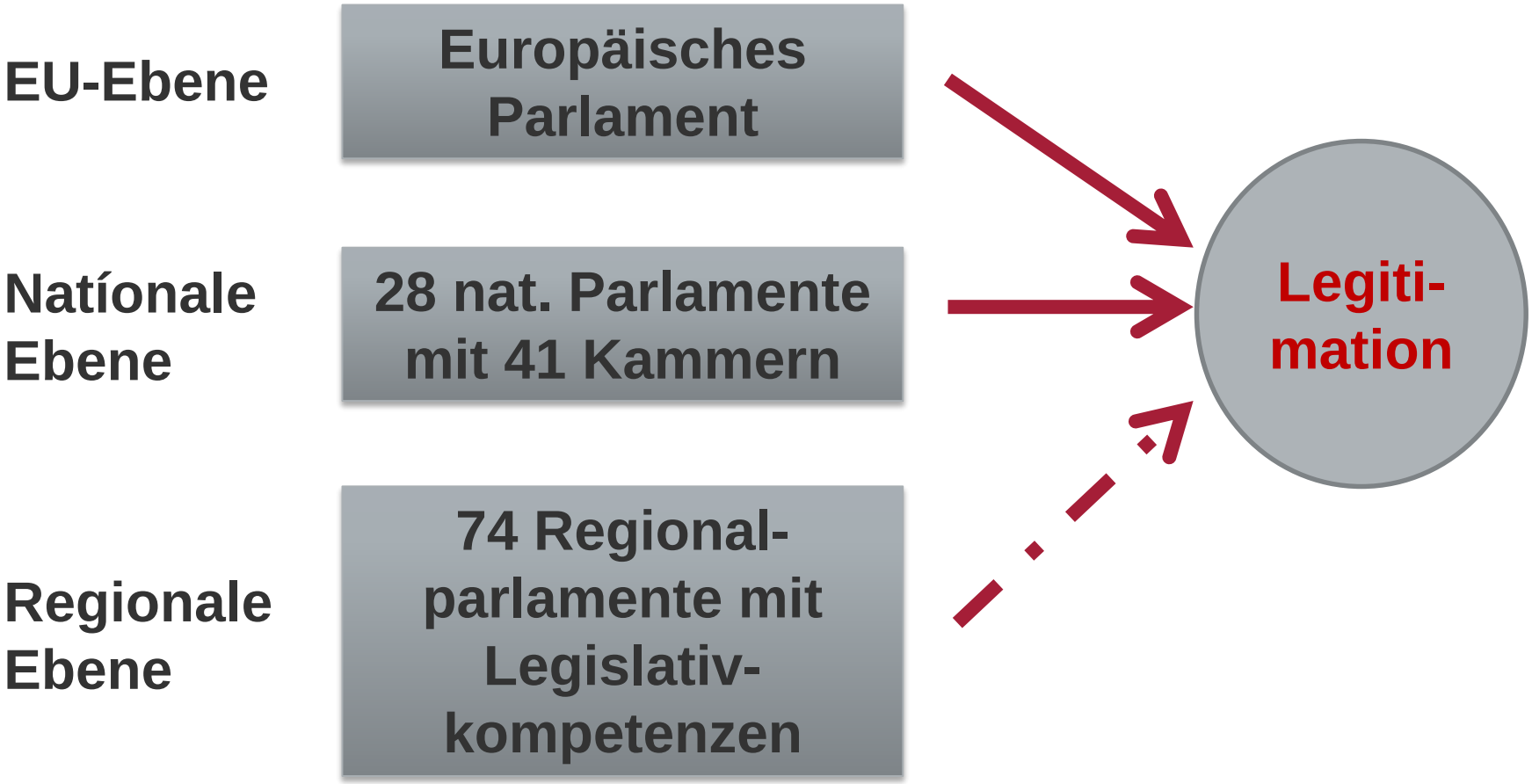
Optimisten

Demokratisierung ist notwendig **und** möglich

- Zivilgesellschaft: Aufstieg von Euro-Verbänden, Entstehung eines **Konsultationsregimes**, Stärkung transnationaler Debatten durch **EBI**; positive Effekte der Krisenjahre …
- Parlamente: Stärkung durch Lissabon-Vertrag
  - **Europäisches Parlament** → Mit-Gesetzgeber
  - **Nationale Parlamente** in Subsidiaritätskontrolle eingebunden (Gate-keeper gegenüber der Kommission); Kontrolle über nationale Regierungen
  - **Regionalparlamente** mit Legislativkompetenzen: ggf. an der Subsidiaritätskontrolle beteiligt

© 2015 Universität Tübingen

Pluralität der Legitimationskanäle: *Mehrebenenparlamentarismus*



© 2015 Universität Tübingen

Weitere Reformvorschläge

- Instrumente direkter Demokratie, d.h. neben der EBI auch europaweite Referenden
- Weitere Stärkung des Europäischen Parlaments (z.B. Initiativrecht)
- Politisierung über Parteien
- Konsequenter Ausbau zum Zweikammer-system und Wahl der KOM (als EU-Regierung) durch das Europäische Parlament
- Direktwahl des KOM-Präsidenten

© 2015 Universität Tübingen

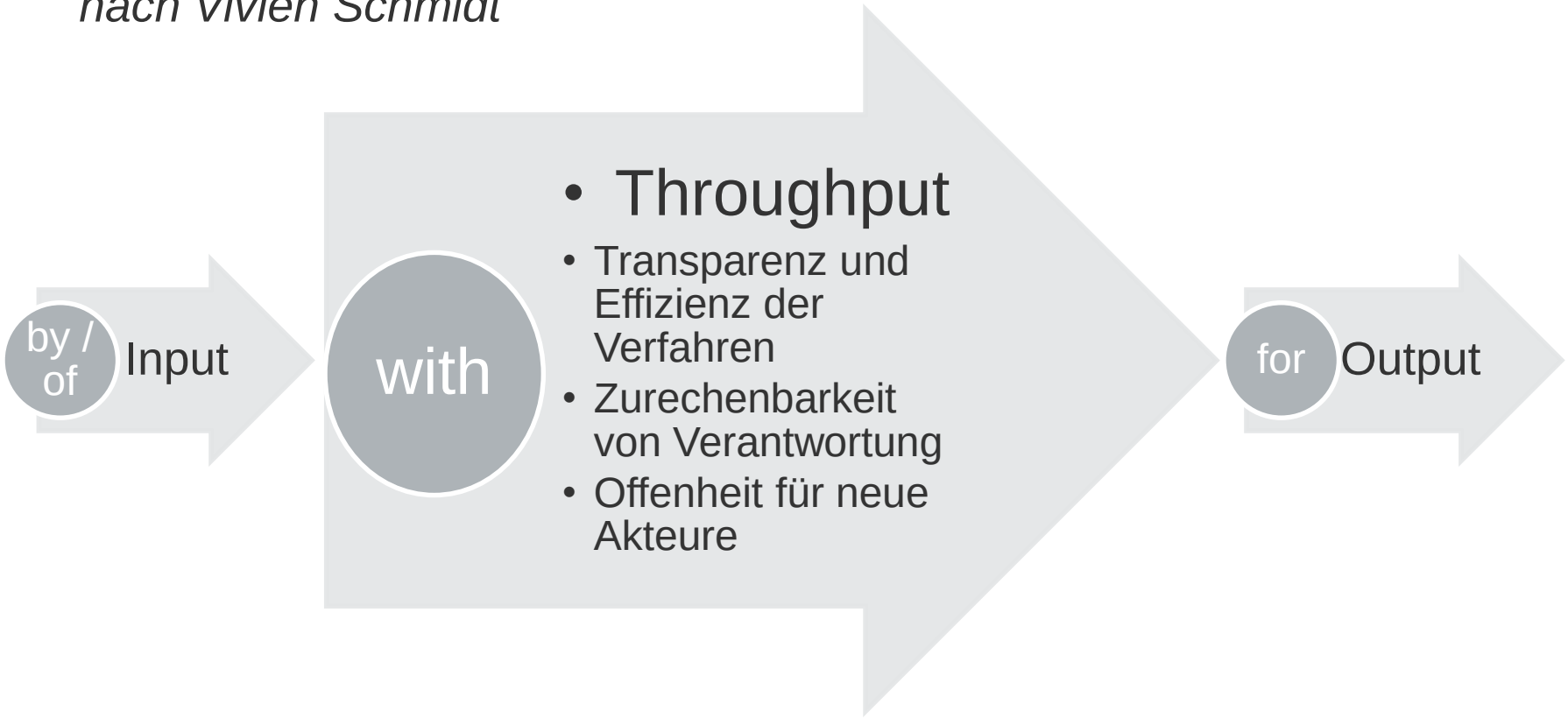
Reicht das? Eine Zwischenbilanz

- *output-basierte* Legitimation über effektive, problemlösenden Politiken wird schwieriger herzustellen
- *input-basierte* Legitimation (durch Partizipation) ist zugleich immer noch schwach entwickelt (z.B. EP-Wahlen, Europarteien, Kommunikation über die EU, Berücksichtigung der Unterschiede zwischen den *demoi* etc.)
- *throughput-basierte* Legitimation ist ebenfalls erforderlich und muss ausgebaut werden

© 2015 Universität Tübingen

Demokratie ist nicht nur *by, with, for* auch „government *with* the people“

nach Vivien Schmidt



© 2015 Universität Tübingen

5. Wie weiter?

© 2015 Universität Tübingen

Demokratie in der „Euro-Krise“

- *Intergouvernementale* Methode des Krisen-managements: herausragende Rolle des Europäischen Rates, Fiskalpakt etc.
- Marginalisierung von KOM und EP
- Ausdifferenzierung der Rechte der NPs: *Wer kann was und über wen entscheiden?*
  - Bundestag: Stärkung der Rechte durch BVerGE, aber inhaltlich enger Spielraum
  - Vouli ton Ellinon: de facto ausgehebelt

  → Gewinner und Verlierer unter den Parlamenten

© 2015 Universität Tübingen

Strategie: Politisierung

- Demokratie und auch Demoi-kratie braucht Kommunikationsprozesse/ politische Öffentlichkeit als wichtige Grundlage
- Zentrale Rolle politischer Parteien als Akteure politischer EU-Debatten, aber …
- weiterer Aufstieg von EU-skeptischen bzw. integrationsfeindlichen Parteien zu erwarten

© 2015 Universität Tübingen

Schlussfolgerungen (1)

- Analyse des Demokratiedefizits hängt vom demokratietheoretischen Standpunkt des/der Betrachters/Betrachterin ab, aber insgesamt besteht eher Unzufriedenheit mit dem Status quo.
- Integrationsprozess als elitendominierter ist am Ende → Notwendigkeit einer Demo-kratisierung oder *Demoi*-kratisierung
- … insofern: Ja, es gibt ein Problem mit der demokratischen Legitimation in der EU

© 2015 Universität Tübingen

Schlussfolgerungen (2)

- Aber: Die EU ist besser als ihr Ruf! Auch nationale Demokratien geraten unter Druck.
- Mehrebenencharakter muss beachtet werden, d.h. demokratische Legitimation über mehrere Kanäle herstellen
- Politisierung der EU in Folge der anhaltenden und sich zuspitzenden Krise**n**
- Vertrauensverlust in Handlungsfähigkeit der Politik und „Flucht in die Nationalstaatlichkeit“

© 2015 Universität Tübingen

Danke.

Prof. Dr. Gabriele Abels
Institut für Politikwissenschaft
Melanchthonstraße 36, 72074 Tübingen
Telefon: +49 7071 29-78369
gabriele.abels@uni-tuebingen.de

© 2015 Universität Tübingen